

Korte, Karl-Rudolf

Article — Published Version

Das Primat der Politik ist zurückgekehrt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Korte, Karl-Rudolf (2009) : Das Primat der Politik ist zurückgekehrt, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 9, pp. 566-567, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-0969-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65536>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Primat der Politik ist zurückgekehrt

Die Bundestagswahlen von 2005 hatten die Qualität von „critical elections“: es wird nie mehr so, wie es vorher einmal war. Erst seit dieser Zeit existiert ein asymmetrisches, changierendes Fünfparteiensystem mit neuer Qualität und mit weitreichenden Konsequenzen sowohl für die Regierungsbildung im Bund als auch in den westdeutschen Ländern. Jenseits der Großen Koalition sind entlang der tradierten parteipolitischen Lager keine Bündnisse mehr kalkulierbar mehrheitsfähig. Erschwert wird die Unübersichtlichkeit dadurch, dass das Potential der SPD als Multikoalitionspartei auf Eis liegt. Zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl wird die Tabuisierung der Linken auf Bundesebene gepflegt. Vielparteien-Parlamente können zwar noch zu Zweierkoalitionen führen, aber weniger verlässlich als zu früheren Zeiten. Sogenannte Lager- oder Traditionskoalitionen werden durch neue Varianten zur Regierungsbildung ersetzt: neue lagerübergreifende Zusammensetzungen (z.B. schwarz-grün), neue Regierungs- bzw. Koalitionstypen (z.B. Große Koalitionen, Dreier-Bündnisse), neue Regierungsformate (z.B. Minderheitsregierungen).

Wer nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich zukünftig auf dem Koalitionsmarkt tummeln. Der Parteienwettbewerb hat somit hinsichtlich der Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung vergleichbare europäische Dimensionen angenommen. Die Parteiendemokratie ist seit 2005 in Deutschland im Hinblick auf Koalitionsformate bunter, vielgestaltiger, entlagerter, mobiler und koalitionsöffener geworden. Die Sprache der Spitzenakteure spiegelt das allerdings bislang nur rudimentär wider. In alter Rhetorik werden immer noch Lagerpolarisierungen beschworen. Wähler haben eine erkennbare Sehnsucht nach Unterscheidbarkeit der Angebote. Auch für Wahlkämpfer ist es einfacher, entlang eines Lagers polarisierend zu mobilisieren. Doch die zu erwartende machttaktische Koalitions-Lotterie, bei der alles nach Schließung der Wahllokale politisch möglich sein wird, was arithmetisch zwingend ist, verflüssigt die Lager-Sehnsucht.

Die Auszehrung und Selbstverzweigung der Volksparteien durch ein Regieren in Großen Koalitionen und einem wachsenden Koalitionsmarkt machen für die Bürger die Entscheidung an der Wahlurne zum Vabanquespiel, daran konnte auch das müde TV-Duell zwischen beiden Spitzenkandidaten nichts ändern. Der Stimmzettel wird zum Lotterieschein. Die Wähler wählen erstmals im Bewusstsein dieses Koalitionsmarktes – und im Bewusstsein der bundesweit vermittelten Erfahrungen um Mehrheiten in Hessen. Eine Bundesregierung, die nur durch offenen Wortbruch von Koalitionsaussagen zustande kommen könnte, ist vor diesem Erfahrungsschatz unwahrscheinlich. Wahrhaftigkeit ist auch in der Politik ein hohes Gut. Klarheit hingegen weniger. Insofern ringen die Parteien im Moment – wesentlich differenzierter als bisher – um Koalitionsaussagen, die ihnen wiederum Spielraum für Regierungsbildungen lassen. Wenn allerdings für den Wähler nicht klar ist, was aus der abgegebenen Stimmen folgt – eine Stimme für Merkel oder eine Stimme für Steinmeier? – sinkt die Motivation, wählen zu gehen. Insofern sind vor allem die kleineren und mittleren Parteien gut beraten, wenn sie zumindest signalisieren, was sie an multiplen Koalitionsvarianten ausschließen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt das Politikmanagement der Bundesregierung unter extreme Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit. Ebenso gilt dies für die Wahlkampf-Strategie und den Parteienwettbewerb. Strategische Momente verschaffen einer Kanzlerschaft den immerwährenden Eintrag ins Geschichtsbuch. Die Finanz- und Wirtschaftskrise gehört zweifellos seit 2008 zu solchen markanten Schlüsselereignissen, die aus der Enge des situativen Regierens



Karl-Rudolf Korte

ein Reservat der Schlauheit machen können. Die Krise hat politische Gewissheiten in einer ähnlichen Geschwindigkeit vernichtet, wie die Finanzakrobaten das Kapital. Sie frisst auch ein Stück demokratische Normalität. Wie wirkt sich dieser Gewissheitsschwund auf politische Einstellungen aus? Die Große Koalition hat wenige Tage vor ihrem selbst beabsichtigten Ende erstmals auch ein großes Mandat zum Handeln erhalten. Bei Angela Merkel schien sich bislang das Besondere ihrer Kanzlerschaft auf das Ausnahme-Format der Koalition zu beziehen und immer wieder auf die Anerkennung, als erste deutsche Frau zur Kanzlerin gewählt worden zu sein. Doch erst in dem Moment, in dem die Ökonomie ihre Leitfunktion für die Politik verloren hat, im Schatten des aktuellen Zeitenbruchs, hat sie den strategischen Moment, der ihre Kanzlerschaft unvergessen machen kann – ein Kipp-Punkt des Regierens, der in den Machtverlust oder in die zweite Kanzlerschaft führen kann.

Noch herrscht ratlose Ruhe. Kaufmännisch-kühl betrachten die Wähler das Krisen-Szenario. Das Primat der Politik scheint zurückgekehrt. Die Regierungen erkämpfen sich Tageserfolge, ohne zu verhehlen, dass ihre Entscheidungen hinter dem Schleier des Nicht-Wissens fallen. Auf der Suche nach dem Schuldigen für die Krise fehlt unserer Wut der Empfänger. Insofern ist auch zum jetzigen Zeitpunkt unklar, wie und ob sich die politischen Einstellungen der Wähler verändern. Radikalisiert sich die Straße? Oder gilt das Hauptaugenmerk der individuellen Absicherung, der Status-quo-Flucht? Kann unter solchen Bedingungen die Große Koalition ein neuer Reputationsort als Krisen-Gewinner für eine bürgerliche Wähler-Allianz aus Berechenbarkeit und Angst sein? Mobilisieren ist für Parteistrategen im Wahljahr 2009 auch deshalb so schwer, weil es besonderer Erklärungen über aktuelle Partei-Sympathien bedarf. Wie erklärt sich das „Gelb-Fieber“, das Umfragehoch der FDP in der Wirtschafts- und Finanzkrise? Hatten die Liberalen nicht zum Chor der marktradikalen Befürworter gehört, wobei zügel- und regellose Märkte ursächlich doch mit zu den Auslösern der Krise gerechnet werden können? Krisengewinner müsste hingegen eigentlich eine Partei wie die Linke sein, die als Alleinstellungsmerkmal linke Kapitalismuskritik salonfähig machte. Doch ein Krisenbonus ist in den Umfragen nicht erkennbar. In der Wahrnehmung vieler Wähler müssten die Umfragedaten für beide Parteien normalerweise in entgegengesetzte Richtungen ungleichzeitig verweisen. Die Erklärungen für die Phänomene ergeben sich sachlogisch: Nicht Sympathie und Rechthaberei sind im Wahljahr gefragt, sondern ökonomische Sachkompetenz, die wiederum eine Mehrzahl der Wähler bei der FDP, aber nicht bei den Linken verortet sieht.

Vieles deutet darauf hin, dass in diesem Wahljahr noch weniger als bisher die Sympathie der Kandidaten oder der Parteien entscheidet. Was zählt, sind offenbar Erfahrung im Krisenmanagement und ökonomische Kompetenz-Ausstrahlung. Unsichere Wähler wählen keine unsicheren Politiker. Wähler haben mehrheitlich ein feines Gespür dafür, ob der Kandidat als populistischer Volksbelauscher daherkommt oder als Problem-Löser. Der öffentliche Diskurs hat sich verändert. Sicherheit schlägt Gerechtigkeit: Aus der Renaissance der Sozialstaats-Räson nach 2005 entwickelte sich die Renaissance der Politik. Aus der Frage nach sozialer Gerechtigkeit wurde die Suche nach Sicherheit. Das Grundgefühl einer Risikokultur hat sich in alle Schichten ausgeweitet. Ein sozialpolitischer Sicherheitskonservatismus breitet sich aus, bei dem es sich primär um Wohlstandssicherung dreht, kombiniert mit einem biedermeierlichen Rückzug ins Private und einem Vertrauensvorschub gegenüber dem Staat. Die Konturen des Neuen überschatten das Superwahljahr 2009. Wählen im Schatten der Großen Koalition und der Wirtschaftskrise erreicht eine Eigengesetzlichkeit, die sich historischen Analogien entzieht.

*Karl-Rudolf Korte ist Professor für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Duisburg-Essen und Direktor der NRW School of Governance
krkorte@uni-due.de*